

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 28.09.2018

Von Modaira Rubio, Caracas
01.10.2018

Klartext in New York

Venezuela und Kuba gegen das Imperium: Maduro und Díaz-Canel antworten vor der UN-Vollversammlung auf Trump-Rede



Venezuelas Präsident Nicolás Maduro am Mittwoch abend während seine Rede vor der UN-Vollversammlung in New York

Foto: Eduardo Munoz/REUTERS

Es war ein Überraschungsauftritt: Nachdem Venezuelas Präsident Nicolás Maduro in den vergangenen Tagen angedeutet hatte, »aus Sicherheitsgründen« nicht an der Generaldebatte der UN-Vollversammlung in New York teilnehmen zu wollen, machte er

sich am Mittwoch doch auf den Weg in die USA, wo er am frühen Abend (Ortszeit) an das Rednerpult trat. Er nutzte seine Rede für eine Antwort auf US-Präsident Donald Trumps Rede, in der er Venezuela am Dienstag scharf attackiert und »alle Nationen der Welt« zum »Widerstand gegen den Sozialismus« aufgerufen hatte.

Maduro prangerte die anhaltende Aggression Washingtons gegen sein Land an und verglich die gegen seine Regierung laufende Propagandakampagne mit der Lüge über angebliche Massenvernichtungswaffen im Vorfeld des US-geführten Angriffskrieges gegen den Irak. Die USA versuchten, die Bedingungen für eine Intervention in Venezuela zu schaffen, warnte er. Dazu gehöre auch die Stimmungsmache in den Medien über eine angebliche Migrationskrise durch den »Exodus« von Venezolanern. Durch diese Kampagne werde von dem tatsächlichen Flüchtlingsdrama abgelenkt, das sich in Mexiko und Mittelamerika abspiele.

Erneut warf Maduro der Regierung Kolumbiens vor, das am 4. August während einer Militärparade in Caracas auf ihn verübte Attentat logistisch unterstützt zu haben. Geplant worden sei der Mordanschlag in Washington. Dafür habe er Beweise, erklärte der Staatschef und forderte die UNO auf, Untersuchungen zu diesem Fall einzuleiten. In diesem Zusammenhang erinnerte er auch an die jüngsten Veröffentlichungen unter anderem in der *New York Times*, wonach Funktionäre der US-Administration an Geheimgesprächen mit einer Gruppe von Offizieren teilgenommen hätten, die einen Staatsstreich in Venezuela planten.

Trotz aller Differenzen sei er aber bereit, sich mit Trump zu treffen, betonte Maduro. Stunden zuvor hatte der US-Präsident im Gespräch mit Medienvertretern erneut betont, dass gegen Venezuela auch ein militärisches Eingreifen weiter nicht ausgeschlossen sei. »Wir werden uns mit Venezuela befassen, denn was dort passiert, ist eine Schande.« Zugleich hatte auch er angedeutet, »zum Wohle der Venezolaner« zu einem Treffen mit Maduro bereit zu sein, »wenn dieser hier in New York wäre«. Als jedoch bekannt wurde, dass der venezolanische Präsident auf dem Weg in die US-Metropole war, ruderte das Weiße Haus zurück und schloss ein Gespräch aus, ohne diesen Rückzieher zu begründen. Eine ursprünglich nach seiner Rede geplante Pressekonferenz sagte Maduro kurzfristig ab. Statt dessen nahm er gemeinsam mit seinem kubanischen Amtskollegen Miguel Díaz-Canel an einer Solidaritätsveranstaltung in der Riverside-Kirche im Stadtteil Harlem teil. Der kubanische Präsident erklärte im vollbesetzten Saal des Gotteshauses: »Heute haben zwei Brudervölker in den Vereinten Nationen ihre Stimme erhoben. Venezuela hat die Aggression angeprangert, der es unterworfen ist, und zugleich seine Entschlossenheit

bekräftigt, die Bolivarische Revolution getreu dem Erbe des Comandante Hugo Chávez fortzusetzen. Und auch Kuba hat seine Stimme erhoben, um Venezuela zu unterstützen, um Nicaragua, Puerto Rico, Lateinamerika, das palästinensische und das sahrauische Volk und alle gerechten Anliegen der Welt zu unterstützen und einmal mehr die ungerechte Blockade zu verurteilen, die die USA seit fast 60 Jahren gegen uns verhängt haben.«

In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung hatte Díaz-Canel darauf hingewiesen, dass auf der Welt die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung über 46 Prozent des Reichtums dieses Planeten verfügen, während es bei den ärmsten 70 Prozent nur 2,7 Prozent sind. Er erinnerte daran, dass 3,46 Milliarden Menschen in Armut leben, 821 Millionen Hunger leiden, 758 Millionen Analphabeten sind und 844 Millionen keine zuverlässige Trinkwasserversorgung haben. »Diese Realitäten sind nicht das Ergebnis des Sozialismus, wie der Präsident der Vereinigten Staaten gestern in diesem Saal behauptet hat. Sie sind die Konsequenz des Kapitalismus, insbesondere des Imperialismus und des Neoliberalismus, des Egoismus und der Ausgrenzung, die dieses System begleiten.«